



SPD-Stadtratsfraktion Augsburg, Rosenaustraße 54, 86152 Augsburg

Augsburg, den 27.06.2025

Pressemitteilung:

Stillstand statt Lösung: Keine langfristigen Lösungen bei Wirtschaftlicher Jugendhilfe in Sicht.

Die SPD-Stadtratsfraktion blickt mit großer Sorge auf die andauernde Krise im Bereich der Wirtschaftlichen Jugendhilfe. Bereits im März beantragte die Fraktion konkrete Maßnahmen, um eine dauerhafte Verbesserung der Situation zu erreichen. Die Antwort der Stadtregierung darauf liegt nun vor und lässt wenig Gutes erahnen. In der Stadtratssitzung am 26. Juni 2025 machte die SPD-Fraktion deutlich, dass das Thema noch nicht abgeschlossen ist und bat darum, es in den zuständigen Ausschüssen zu behandeln.

Jutta Fiener, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und sozialpolitische Sprecherin der Fraktion, erklärt:

„Zentrale Probleme in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe sind der chronische Personalmangel und die Schwierigkeiten, bestehendes Personal zu halten – wir haben vorgeschlagen, diesem Problem mit höheren Eingruppierungen und/oder Zulagen zu begegnen, was von der Stadtregierung abgelehnt bzw. im Fall von Zulagen ausweichend und vage beantwortet wird. Wer allerdings jede Idee mit einem „Geht nicht“ abbügelt und gleichzeitig keine alternativen Vorschläge hat, wird dauerhaft keine Lösung finden. Gerade im sensiblen Bereich der Wirtschaftlichen Jugendhilfe braucht es entschlossenes Handeln – keine Verwaltung des Mangels.“

Stadträtin Sieglinde Wisniewski betont:

„Wir haben mit unserem Antrag konkrete und umsetzbare Vorschläge gemacht, wie die Situation bei der Wirtschaftlichen Jugendhilfe nachhaltig verbessert werden kann. Doch statt die Herausforderungen endlich anzugehen, versteckt sich die Stadtregierung erneut hinter einer langen Liste angeblicher Hinderungsgründe – und bleibt damit jede echte Perspektive für die Betroffenen schuldig.“



Während unsere Vorschläge abgelehnt werden, finden sich in der Antwort der Stadt kaum Lösungsansätze, die über das akute Krisenmanagement hinausgehen. Man muss sich daher die Frage stellen, ob überhaupt ein ernsthafter Wille besteht, über das direkte Krisenmanagement hinauszudenken. Wir erwarten, dass die Stadt ihrer Verantwortung gerecht wird, sowohl für das Personal in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe wie auch für die Kinder, Jugendlichen und Familien in unserer Stadt.“

F.d.R.

Lina Straßer

Stellv. Fraktionsgeschäftsführerin